

Beratungen Haushalt 2024 Kreistagssitzung am 01.03.2024

Sehr geehrter Herr Landrat Heimerl,
sehr geehrte stellvertretende Landrät*innen.
sehr geehrte Kolleg*innen,

Womit beginnt man eine Haushaltsrede nach einem Jahr mit so vielen tiefgreifenden Veränderungen? Die Welt dreht sich – gefühlt – immer schneller. Das spüren wir alle auch im Landkreis Mühldorf.

SOLIDARISCH DURCH DIE KRISEN

2022 und 2023 war geprägt von enormen Veränderungen in Gesellschaft und Politik.

Die Hoffnung auf mehr Ruhe und Normalität wurde am 24. Februar vor zwei Jahr zunichte gemacht – als Russland auf Befehl von Präsident Putin den Nachbarn Ukraine überfiel, ein souveränes europäisches Land.

Dieses Ereignis strahlt auch weiterhin in unseren Landkreis. Gestiegene Energiekosten, gestiegene Rohstoffkosten, Inflation und hohe Lohnabschlüsse, um ein wenig die Kaufkraft abzumildern.

ECKDATEN DES HAUSHALTES

Zu den Eckdaten des Haushalts: 2024 erreicht die Umlagekraft des Landkreises einen neuen Spitzenwert von 169, Millionen Euro, ein Zuwachs von knapp 5%. Wir begrüßen dabei sehr den Beitrag der Gewerbetreibenden, die trotz wirtschaftlich schwieriger Zeiten gute Umsätze erzielen konnten. Dementsprechend ist für 2024 mit einer Gewerbesteuerkraftzahl von rund 66 Millionen zu rechnen, nach 60,5 im letzten Jahr.

Auch der Einkommenssteueranteil leistet einen großen Beitrag zur Finanzierung des Landkreishaushalts mit einem Anstieg von 62,3 auf 66,2 Millionen. Bei der Grundsteuer B gibt es einen moderaten Anstieg, der Umsatzsteuerbeteiligung ist ein geringes Minus zu verzeichnend.

Auf der Ausgabenseite mehrt sich der Aufwand für zusätzliche Aufgaben, die dem Landkreis von Bund und Freistaat aufgetragen werden. Gleichzeitig zehren steigende Energie- und Personalkosten an den verfügbaren Eigenmitteln ebenso wie die Kosten zur Bewältigung von Krisen und Resilienzmaßnahmen, etwa IT-Ausstattung.

Vor allem die Defizite des INNklinikums belasten unseren Haushalt schwer - für 2024 mit 14,5 Millionen. Dabei trifft es uns nicht allein: Alle Kliniken um uns herum schreiben rote Zahlen, alle kämpfen gegen wachsende Defizite an.

Mit der Fusion sind wir den richtigen Schritt gegangen, auch wenn die Einschnitte und Veränderungen, die sich daraus ergeben, weh tun ...keine Wiedereröffnung der Geburtshilfe in Mühlendorf, neue Konzepte für den Standort Haag und Burghausen.

Um so mehr sind wir verwundert, dass notwendige Reformen, vor allen von Bayern so blockiert werden bzw. wurden.

Das Krankenhaustransparenzgesetz wurde von Lauterbach bisher stets als Voraussetzung für die Reform genannt. Obwohl es im Bundestag schon im Oktober 23 verabschiedet wurde und die Bundesregierung versprach, dringend benötigte Liquiditätshilfen für die Kliniken zu leisten, wenn das Gesetz beschlossen werden würde, wurde das Gesetz im Bundesrat aufgehalten.

Der Vermittlungsausschuss wurde angerufen und dort wurde bis Januar von der Union verhindert, dass es überhaupt auf die Tagesordnung gesetzt werden konnte. Damit hat sich das Inkrafttreten des Gesetzes erheblich verzögert. Erst am 25.02.24 konnte nun endlich eine Mehrheit für das Transparenzgesetz in seiner bisherigen Form hergestellt werden. Final abgestimmt wird das Gesetz im Bundesrat nun am 22.03.24. Sollte es dort erneut zu einer Ablehnung kommen, könnte dies nun aber mit der Mehrheit der Ampel-Fraktionen im Bundestag überstimmt werden.

Das Gesetz schafft die Datengrundlage, um die geplante Krankenhausreform zeitnah umzusetzen. Hierzu zählen u.a. Informationen über die Anzahl der Ärzt*innen in den Krankenhäusern. Zusätzlich sorgt es dafür, dass eine Übersicht über die Qualität der Behandlung und Ausstattung aller Krankenhäuser in Deutschland auf einem zentralen Portal bereitgestellt wird.

Finanzielle Unterstützung:

Das Transparenzgesetz enthält folgende Maßnahmen, um die kurzfristige Liquidität der Krankenhäuser zu verbessern:

- Schnellere Refinanzierung von Tariflohnsteigerungen beim Pflegepersonal (ca. 1,08 Mrd. Euro).
- Erhöhung des Pflegentgeltwerts von 230 auf 250 Euro (ca. 192 Mio. Euro).
- Schnellerer Ausgleich der noch nicht gezahlten Pflegekosten (6,4 Mrd. Euro).

Nachdem die Blockade im Bundesrat jetzt gelöst wurde, hat Lauterbach nun sein Versprechen gehalten und direkt im Anschluss Einladungen zu weiteren Verhandlungen über die Krankenhausreform an die Länder verschickt. Gleichzeitig kommen nun endlich auch die von der **Bundesregierung** in einer Protokollerklärung zugesagten **weitere Punkte, die die Krankenhäuser unterstützen sollen**, bis die (noch zu verhandelnde) Reform voll greift:

- Eine zügigere **Anhebung des Landesbasisfallwertes**. Die entsprechenden gesetzlichen Anpassungen sollen mit Wirkung zum 01.07.24, spätestens aber mit Wirkung zum 01.01.25 vorgenommen werden. Damit würden Kostenveränderungen schneller zur Anhebung der Fallpauschalen führen und Krankenhäuser müssten diese Kostensteigerungen weniger vorfinanzieren.
-
- Ab 2025 soll über zehn Jahre ein **Transformationsfonds** aufgesetzt werden, durch den entsprechende Maßnahmen finanziert werden können. Der Fonds soll einen Gesamtumfang von **50 Milliarden Euro** haben, von denen die eine Hälfte von den Ländern, die andere Hälfte aus der Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds (GKV-Mittel) kommen soll. Beschlossen werden soll dies gemeinsam mit dem **Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz (KHVVG)** – also mit „der“ Reform.
-
- Ländliche und strukturschwächerer Regionen sollen gestärkt werden, insbesondere indem „**Kooperationsmöglichkeiten und Ausnahmen**“ **bei den möglichen Qualitätskriterien** für Leistungsgruppen besonders berücksichtigt werden.

Aber die Veränderungen hängen auch mit Fortschritten in der medizinischen Praxis zusammen: Mehr ambulante OPs, geringere Verweildauer, hochwertigere medizinische Geräte... um nur einige Punkte zu nennen. Darauf müssen wir uns einstellen, wenn wir die Kliniken in kommunaler Hand halten wollen, und wenn wir für unsere Bürger:innen die bestmögliche medizinische Versorgung wollen. **Als Grüne Fraktion stehen wir hinter beidem!**

KREISUMLAGE UND INVESTITIONEN

Um der Gemengelage – Inflation, höhere Personalkosten, Defizite im Klinikum etc - gerecht zu werden, stimmen wir für die Anhebung der Kreisumlage um 1,3 auf 55,3%. Wir wissen, dass diese Anhebung die Haushalte der Gemeinden strapaziert, die von der gleichen Gemengelage betroffen sind. Aber es geht darum, die Aufgaben gemeinsam zu schultern und den Landkreis für wichtige Aufgaben, die er für die Gemeinden leistet, mit den benötigten Mitteln auszustatten.

Deshalb rufen wir auch dazu auf, die zukünftige Finanz- und Investitionsplanung auf den Prüfstand zu stellen und eine Beibehaltung der Kreisumlage bei 55,3% für die kommenden Jahre in Betracht zu ziehen.

Warum?

Wir haben in den Pandemie Jahren und auch für dieses Jahr notwendige Investitionen immer wieder aufgeschoben. Mit einer Investitionsquote von 11,25 % in diesem Jahr und in 2025 und in 2026 sogar unter 9 % liegen wir weit unter dem bayerischen Durchschnitt. Wir schieben einen immer größer werdenden Investitionsstau vor uns her. Dies kann nicht so weitergehen.

INVESTITIONEN IN DIE ZUKUNFT – SCHULEN, ÖPNV UND INNKLINIKUM

Das bayrische Statistikamt sieht für den Landkreis Mühldorf bis 2041 einen Bevölkerungszuwachs von 10,7%, gerechnet ab 2021. Dies ist der viertstärkste Zuwachs in Oberbayern, nach den Landkreisen Pfaffenhofen, Ebersberg und Dachau.

https://www.statistik.bayern.de/statistik/gebiet_bevoelkerung/demographischer_wandel/index.html

Bei den Altersgruppe über 60 Jahre wird der größte Zuwachs erwartet, gefolgt von einem moderatem Anstieg bei den unter 20-jährigen,

Um diesem Zuwachs gerecht zu werden und den Menschen im Landkreis eine gute Lebensqualität im ländlichen Raum zu bieten, brauchen wir MEHR Investitionen – nicht weniger – um die Daseinsvorsorge und Infrastruktur aufzurüsten:

1. Für unsere Senioren und Seniorinnen brauchen wir eine solide Gesundheits- und Pflegeversorgung,
2. für unseren Nachwuchs brauchen wir gut ausgestattete Schulen und Ausbildungsstätten.

Darüber hinaus brauchen wir:

3. den Ausbau von ÖPNV und Radwegenetz, um allen Generationen Bewegungsfreiheit ohne Auto zu ermöglichen;
4. sowie den Ausbau von Erneuerbaren Energien als Standortfaktor für die Wirtschaft und Beitrag zur klimaneutralen Daseinsvorsorge im Landkreis.

DANKE an alle Kommunen, die beim Landkreiswerk mitmachen!

Zu 2. Schulen

Investitionen in unsere Schulen sind Investitionen in unsere Kinder – sie sind die Zukunft.

Wir gehen mit den Lösungen mit, bei den Unterhaltsmaßnahmen für die Gymnasien in Waldkraiburg und Mühldorf.

Besonders freuen wir uns, dass der Landkreis endlich ein neues Zuhause für unser Kinder in der Förderschule in Angriff nimmt. Wir möchten dies nochmals betonen und danken Ihnen Herr Landrat und Ihrem Team am „Ball“ zu bleiben. Auch wenn die ersten Stimmen aufkommen, diese Maßnahme zu schieben, möchten wir immer auf die Einstimmigen Beschlüsse hier im Kreistag hinzuweisen.

Zu 3. ÖPNV und Radwegenetz

Wir Grünen stehen dafür, den ÖPNV zu stärken und Radwegenetze auszubauen. Ziel ist es, den Individualverkehr und damit klimaschädliche Treibhausgase zu verringern. Der CO2 Ausstoß im Verkehr hat in den letzten Jahren eher zugenommen, gerade in den Gemeinden entlang der A94.

Daher begrüßen wir die Anstrengungen für einen besseren öffentlichen Nahverkehr mit den Buslinien 9409 Dorfen-Wasserburg und 7548 Haag-Mühldorf. In naher Zukunft laufen weitere Konzessionen aus. Dies müssen wir nutzen, um den Ausbau des ÖPNV fortzusetzen.

In naher Zukunft wird über den Beitritt zum MVV entschieden. Auch hier wird es am Anfang Diskussionen geben. Wir sagen hierzu mehr MUT

Das Deutschlandticket, das anfangs sehr belächelt wurde, auch hier im Kreistag, zeigt, dass es auch andere Möglichkeiten gibt den Leuten auf den ÖPNV zu bringen. Mir ist klar, dass hier gleich ein Gegenwind kommt...

Große Kostenbeteiligung von BUND und Land. Aber jeder der diese Form nutzt ist begeistert. Kein Wirrwar mehr wegen Fahrkartenkauf in unterschiedlichen Landkreisen und Städte.

Beim Radwegeausbau werden wir mit den 50.000 Euro pro Jahr, die als Anschubhilfe für in Gemeinden gedacht ist, nicht weit kommen. Wir brauchen dringend ein Radwegekonzept für den Landkreis, das eine gute Vernetzung der Landkreisorte per Rad ermöglicht.

Zu 4. Erneuerbare Energien:

Eine weitere Belastung für den Haushalt sind die gestiegenen Energie- und Wärmekosten für unsere Liegenschaften. Um auf Dauer Kosten zu senken und im Sinne des Klimaschutz von fossilen Energien unabhängig zu werden, müssen wir noch mehr in die Umrüstung auf Erneuerbaren Energien investieren.

Was uns schon wundert, dass im HH 2024 keine einzige Position zum Thema Windenergieerzeugung und Geothermischen Energienutzung steht. Was machen die in Auftrag gegebenen Gutachten? Warten wir weiterhin auf Polling?

Noch was zur Windkraft : OVB zur Vorstellung des Windatlas am Klimaschutztag im Mai 2012 (Mühldorfer Anzeiger 14.05.2012)!

„Umweltingenieur Otto Mittermair stellte im Mühldorfer Stadtsaal den Windatlas für den Landkreis vor. **Nach seinen Berechnungen gibt es nur an den Standorten Kirchdorf und Reichertsheim Windgeschwindigkeiten in 140 Meter Höhe von 5,5 bis 5,9 Metern pro Sekunden.**

Aber er sagte auch zum Schluss

Auch wenn im Landkreis Mühldorf derzeit die Realisierung von Windkraftanlagen aufgrund der geringen Windgeschwindigkeiten äußerst schwierig ist, kann durch innovative Entwicklungen im Bereich der Anlagen zukünftig ein wirtschaftlicher Betrieb auch in unserem Landkreis möglich werden", blickte der Umweltingenieur in die Zukunft.“

D.h. wir wissen seit 12 Jahren, wo bei uns der Wind weht.... Und passiert ist nichts!

MEHR UNTERSTÜTZUNG VOM FREISTAAT FÜR KOMMUNEN

Um all diese Investitionen in die Zukunft über die Eigenmittel hinaus zu stemmen brauchen wir mehr Unterstützung des Freistaates. Es ist nicht zielführend, mit dem Finger nur auf die Ampelregierung zu zeigen. **Bayern wird aus München regiert, nicht aus Berlin.**

Mit mehr politischem Willen kann Bayern seine Kommunen und Landkreisen angesichts der zunehmenden Aufgabenlast besser personell und finanziell auszustatten, als es derzeit der Fall ist,

Dazu gehört..

1. ...ÖPNV, Radwegeausbau und Klimaresilienzmaßnahmen zu Pflichtaufgaben der kommunalen Ebene zu machen und entsprechend finanziell zu unterfüttern.

Und zum Schluss eine persönliche Anmerkung vielleicht geht es auch anderen Kreistagsmitgliedern so. Wir haben am 12.02.24 die Info erhalten, dass nun der HH 2024 im Allris eingestellt ist. Am 17.02 und 18.02.24 war der HH dann verschwunden. Eigentlich die einzige Zeit für mich, um den HH intensiv studieren zu können. Heute am 01.03.24 wird der HH verabschiedet.

Im Sommer 2023 konnte ein Bundestagsabgeordneter der CDU ein Gesetz nicht zustimmen, da er zu wenig Zeit hatte sich einzuarbeiten, obwohl dies sein Beruf ist und er mind. 5 Mitarbeiter hat. Wir sind alle Berufstätig und sind „Nebenbei“ Kreisräte.

Es wäre wünschenswert, wenn in Zukunft wir mind. 4 Wochen Zeit hätten über den HH zu beraten.

Und auch ein paar Worte an Sie Herr Landrat Heimerl. Manchmal können wir nicht mehr unterscheiden, spricht hier der Landrat Heimerl vom Landkreis Mühldorf am Inn oder der CSU-Kreisvorsitzende des Landkreises Mühldorf.

Wir können nicht Glaskugeln lesen, aber es wäre schon schön zu wissen, wenn in diesen schweren Zeiten die Union am „Ruder“ gewesen wäre, ob dann auch so impulsive Reden und Anmerkungen gekommen wären.

Wegen dem Post auf der offiziellen Seite des Landkreises wird ja noch gesprochen.

DANKE AN VERWALTUNG UND KREISTAG

Zum Schluss hin möchten wir uns als Grüne Fraktion bedanken - für die sachlichen und konstruktiven Beratungen in diesem Gremium im vergangenen Jahr.

Wir bedanken uns besonders bei Herrn Heiml als Kämmerer sowie der Verwaltung für die Aufstellung des Haushaltsentwurfs. In gleicher Weise bedanken wir uns bei Herrn Landrat Heimerl.

Einen Haushalt aufzustellen in Zeiten von Krisen und wirtschaftlicher Unsicherheit ist eine Mammutaufgabe.

Der Haushaltsentwurf zeugt von finanziellen Zwängen, Kompromisslösungen und Priorisierungen, die für uns nachvollziehbar sind – auch dank der transparenten Erläuterungen auf unsere Nachfragen durch unseren Kämmerer Herrn Heimpl und Landrat Heimerl.

Werte Kolleginnen und Kollegen im Kreistag:

Wir Grüne wollen Zukunft verantwortungsvoll mitgestalten.

Auch wenn wir die diese Mal wieder Schulden aufgenommen werden müssen, dienen diese vor allen den Investitionen. Manchmal fragen wir uns schon, wie es eigentlich dazu kommen konnte, dass 2006 der Landkreis Mühldorf der höchst verschuldeste Landkreis in ganz Bayern war. Wäre vielleicht in den früheren Jahren besser gewirtschaftet worden hätten wir vielleicht noch weniger Schulden als jetzt....

Im Sinne eines lebenswerten und klimafreundlichen Landkreises Mühldorf hoffen wir weiterhin auf einen gemeinsamen Weg für 2024 mit allen Fraktionen hier im Rat.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werden dem HH zustimmen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Peter Uldahl

Fraktionsvorsitzende

mit der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN